

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruck Dresden
Hauptredaktion: Neudruck Dresden
Korrespondenz: Neudruck Dresden
Abteilung: Neudruck Dresden
Dresden - N. L. Klotzstraße 22/23

Bezugspreis bei täglich postmaler Zustellung monatlich 2.40 RM. (einschließlich 20 RM. für
Zugabe), bei halbjährlicher 12.00 RM., bei vierteljährlicher 6.00 RM., bei monatlicher 2.00 RM.
bei Postumschlagung 2.00 RM. (einschließlich 20 RM. für Zugabe).
Bei Einzelbestellungen 20 RM. (einschließlich 20 RM. für Zugabe).
Die einjährige 20 RM. (einschließlich 20 RM. für Zugabe).
Stellenangebote ohne Gehalt 15 RM., außerhalb 20 RM., die 90 mm breite Anzeigen 200 RM.,
außerhalb 300 RM., Offertengeld 20 RM., Kündigungsbeitrag gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neudruck & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Bernstorff geißelt die Abrüstungskomödie

„Der Entwurf ist nicht die Tinte wert“

Genf, 8. Nov. Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuss wurde heute die im vorigen Jahre vertagte Diskussion über die Dauer der Dienstzeit und ihre Festlegung im Entwurf der Abrüstungskonvention fortgesetzt. Dem Ausschuss lag auch vom Mai vorigen Jahres noch ein Antrag des Grafen Bernstorff vor, der davon ausgeht, daß die Herabsetzung der Dienstzeit, die im Entwurf vorgesehen ist, allein noch nicht als eine wirksame Abrüstungsmassnahme angesehen werden kann und der folgerichtig auch eine Herabsetzung und Beschränkung des jährlichen Truppenkontingents fordert, und zwar derart, daß die hierfür festgelegten Zahlen von keinem der vertragsschließenden Staaten überschritten werden dürfen. Weiter forderte der deutsche Antrag, daß Ausbildungszeit und aktive Dienstzeit getrennt angegeben werden müssen und daß über die Personen, die ihrer militärischen Pflicht genügt haben, keine Listen mehr geführt werden dürfen.

Der deutsche Antrag wurde nach einer ausgedehnten Debatte, an der sich namentlich die Vertreter der großen Militärmächte beteiligten, von einer großen Mehrheit des Ausschusses abgelehnt. Am Schluß der Debatte, aus der sich ergab, daß die bisherige völlig negative Einstellung der Mehrheit des Ausschusses zu den wesentlichen Punkten der Abrüstung sich nicht geändert hat, gab Graf Bernstorff eine kurze, aber sehr scharfe Erklärung ab, in der er u. a. folgendes sagte:

Wenn eine Abrüstungskonvention die ausgebildeten Reservisten ausläßt angeht, so ist heute in einer Reihe europäischer Staaten der Mensch von der Waffe bis zum Grabe so behandelt, daß er nur noch Soldat ist, dann ist eine solche Konvention nicht die Tinte wert, die für ihre Unterschrift verwendet wird.

Sodann kam man zur Abstimmung der wesentlichen Teile des deutschen Antrages, der mit 12 gegen 6 Stimmen bei zahlreichen Stimmenthaltungen abgelehnt wurde. Für den deutschen Antrag stimmten die Vertreter Hollands, Norwegens, Schwedens, Chinas und Russlands. Die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten enthielten sich der Stimme. Unter den Ländern, die gegen den deutschen Antrag stimmten, befinden sich die Vertreter Frankreichs, Japans, Italiens, Belgiens und der Türkei. Nach der Abstimmung erhob sich Graf Bernstorff noch einmal zu einer kurzen Erklärung, in der er sagte, daß die deutsche Delegation an den Abstimmungen über die zu dem betreffenden Artikel noch vorliegenden Anträge kein Interesse mehr habe.

Bernstorffs Erklärungen werden entstellt

Genf, 8. Nov. In deutschen Kreisen ist in diesen Tagen von neuem in Erfahrung gebracht worden, daß die Erklärungen des Grafen Bernstorff im Abrüstungsausschuss in den offiziellen Sitzungsprotokollen des Völkerbundssekretariats in einer weitgehend entstellten und vielfach den tatsächlichen Erklärungen keineswegs entsprechenden Weise wiedergegeben worden sind. Damit ist die Gefahr gegeben, daß in den gedruckten Dokumenten des Völkerbundssekretariats, die sämtlichen Regierungen zugehen, die Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage in einer falschen, die

Interessen Deutschlands schädigenden Weise wiedergegeben wird.

Es bestätigt sich somit von neuem, daß das Völkerbundssekretariat und vor allem die einseitig in französischem Interesse arbeitende Informationsabteilung Methoden anwendet, die zum mindesten nicht als korrekt angesehen werden können. Die von vielen Seiten seit langem geforderte eingehende Berücksichtigung der Personalfragen des Völkerbundssekretariats durch die deutsche Regierung findet damit eine neue Beleuchtung.

„Oberschlesien - der größte Schatz Polens“

Warschau, 8. Nov. Handelsminister Kwiatkowski hielt eine Rede, in der er erklärte, Pommerellen stellt das Symbol der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit Polens dar, während der größte Schatz Polens Oberschlesien sei. Der Polen, Schlesien und Pommerellen wegnehmen wolle, der wüßte, den politischen Staat politisch zu vernichten und sein Volk wirtschaftlich zugrunde zu richten. Polen müsse wenigstens zwei miteinander konkurrierende Handelsböden besitzen. Danzig und Gdingen seien gleich notwendig für die polnische Wirtschaft. Kwiatkowski hob zum Schluß seiner Rede hervor, daß Polen seine teuer erkaufte Freiheit mit ganzer Kraft verteidigen werde. Diese Freiheit wuzle aber vor allem in Pommerellen und Polnisch-Oberschlesien.

300 Bauern von GPU-Keulen niedergemetelt?

Moskau, 8. November. Die „Gyprich Voranun“ aus Wilna meldet, haben zwei aus Rußland nach Polen gekommene Bauern berichtet, daß 300 Bewohner aus Wilnowo, die sich der Kollektivierung widersetzen und die Mitglieder einer bolschewistischen Strafexpedition getötet hätten, auf der Flucht nach Polen dicht an der Grenze von einer GPU-Abteilung eingeholt, umzingelt und niedergemetelt worden seien. Nur die zwei Bauern hätten sich retten und die polnische Grenze überschreiten können.

Strengere französische Passkontrolle

Berlin, 8. Nov. Nach einer Meldung des Pariser „Intransigent“ hat der Chef der politischen Polizei im französischen Innenministerium sich über den drohenden neuen Kreuzzug gegen die Fremden in Frankreich geäußert. Man denke, so erklärt er, nicht daran, den Touristenverkehr irgendwie zu verhindern, aber man müsse doch vor allem die Passkontrolle an der Grenze verschärfen. Diese ausländischen Arbeiter reisten mit gewöhnlichem Pass nach Frankreich ein unter Angabe, sich keineswegs um eine Arbeitsstelle in Frankreich bemühen zu wollen. Gänden sie aber doch Arbeit, so veräuserten sie es, sich bei der Polizei zu melden, weil diese ihnen dann das Niederlassungsrecht nicht gestatten könnte. Gerade diese so aufgaben außerhalb der Geselligkeit lebenden Ausländer bilden das Hauptkontingent der Verhaftungen bei den Fremdenrazien. Bisher habe man sich damit begnügt, sie einfach über die Grenze abzuschieben, aber es habe sich gezeigt, daß sie mit Leichtigkeit wieder einreisen könnten.

Ein deutscher General in England zu Gast

London, 8. Nov. Der General a. D. Freiherr Kref von Krefenstein, der im Weltkrieg das türkische Heer in Palästina befehligte, war gestern Abend Ehrenguest der Offiziere der 58. Walker Division, die gegen seine Deeresabteilung gekämpft hatte. Der General, der den Orden Pour le mérito trug, fand eine begeisterte Aufnahme. Seine Rede, die er deutsch hielt, wurde bei der Ueberführung von lebhaftem Beifall unterbrochen, und nach Schluß seiner Ausführungen

erhoben sich die britischen Offiziere und tranken ihrem vormaligen Gegner unter lauten Zurufen zu.

Der Vorsitzende des Clubs der 58. Walker Division, Generalmajor Mott, hatte aus Ersuchen einer Anzahl von Offizieren, die die faire und soldatenhafte Weise bewunderten, in der ihr früherer Feind gegen sie gekämpft hatte, die Einladung an General Kref von Krefenstein ergeben lassen. — Unter den 120 Offizieren, die an dem gefrigen Essen teilnahmen, befand sich auch eine beträchtliche Zahl von Generalen und Stabsoffizieren.

General Kref von Krefenstein

erklärte in seiner Rede u. a.: Es ist unseren gegenseitigen Bemühungen anzuschreiben, daß Männer, die noch vor verhältnismäßig wenigen Jahren einander heftig bekämpften, heute abend am selben Tisch zusammensitzen können, und daß ich heute meinem früheren Feinde in vollster Anerkennung seiner glänzenden Führung die Hand schütteln kann. Ich darf vielleicht auch in Ihrer Einladung ein neues und glückliches Zeichen des allmählichen Verschwindens der Rassenmentalität erblicken, ein neues und glückliches Symptom der Notwendigkeit und der Anstrengung, eine Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden großen Nationen herbeizuführen, die weder aus Gründen ihrer historischen Vergangenheit noch aus irgendwelchen Gründen

der Rassenverschiedenheit andere als freundschaftliche Beziehungen haben dürften.

Das gesamte deutsche Heer und die übermächtige Mehrheit des deutschen Volkes ergreife gern und dankbar die Hand, die ihr früherer Feind ihnen bietet.

Generalmajor Mott und General Kref von Krefenstein legten gestern gemeinsam Blumenkranze am Fuße des Kenotaphs nieder. Das Kreuz des Generals Kref trug die Aufschrift: „In Ehrerbietung und in aufrichtiger Bewunderung erweist ein früherer Feind Anerkennung denen, die mit ihrem Leben ihre Kreuze für ihr Land bezahlten.“ Ungefähr 50 Offiziere der Division waren anwesend und hielten mit entblößtem Kopf um den Kenotaph, während die Kreuze niedergelegt wurden.

Umgestaltung des englischen Kabinetts?

London, 8. Nov. „News Chronicle“ meldet: Aus Kreisen der Arbeiterpartei wird an den Premierminister die nachdrückliche und, wie es scheint, kaum abzulehnende Forderung gerichtet, daß eine völlige Umgestaltung des Kabinetts vorgenommen werde. Wenn diese Forderung Erfolg hat, so wird dies den Rücktritt des Schatzkanzlers Snowden, des Ersten Lords der Admiralität, Alexander, und des Staatssekretärs für Indien, Wedgwood Benn, bedeuten. Unmittelbar veranlaßt ist die Forderung durch die Unnachgiebigkeit, mit der Snowden es ablehnt, der Aufbringung einer Anleihe zur Finanzierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuzustimmen. Alexander und Wedgwood Benn teilen, wie bekannt ist, vielfach die Ansichten Snowdens. Nach Meinung des Blattes wird der Premierminister die einflussreiche Bewegung gegen Snowden keinesfalls außer acht lassen können. Snowden werde nachgeben oder gehen müssen.

Wie lange noch?

Zum erstenmal seit langen Jahren brauchen wir in Sachsen den 9. November, den Tag des Umsturzes und des Zusammenbruchs, nicht als gesetzlichen Feiertag zu begehren. Der Schandfleck ist endlich beseitigt. Zwar hat der Zufall des Kalenders den Schmerz unserer Sozialisten gelindert, indem er den Revolutionstag heuer auf einen Sonntag fallen ließ. Da macht sich der „Raub“ dieser speziell sächsischen Erziehungswirtschaft wenigstens in den Stätten der Arbeit noch nicht bemerkbar. Und bis zum nächsten Jahr, meinten die Helben des 9. November im Landtag, als ihr Heiligtag unter den Streichen der bürgerlichen Mehrheit fiel, würden sie schon wieder stark genug sein, um ihn von neuem in Ehren als Staatsfeiertag einzusetzen. Sie haben sich gründlich getäuscht. Beim nächstenmal wird ihre Niederlage nur noch deutlicher in Erscheinung treten; da wird es sich erst recht zeigen, daß das deutsche Volk erwacht ist zur Erkenntnis, was ihm dieser Tag bedeutet: das Ende seiner Freiheit und den Anfang der Knechtschaft.

Trotzdem will es sich die deutsche Sozialdemokratie auch unter diesen veränderten Umständen nicht nehmen lassen, diesen zwölften Erinnerungstag der Revolution feierlich zu begehen. Wieder sucht sie das schimpfliche Gedenken an ihren „Sieg auf der ganzen Linie“ mit der Gloriole der Volksbefreiung zu drapieren und zum Auftakt gewaltiger innerer Kämpfe zu machen, in völliger Verkennung der Zeichen der Zeit, die für solchen Wimpelkampf nichts weniger als günstig sind. Überall in Deutschland werden heute die Parteimitglieder und die Gewerkschaftler auf die Straße gerufen, um gegen die Vernichtung der letzten Revolutionserregenschaften zu protestieren und für die „Idee des 9. November“ in großen Kundgebungen zu werben. Nationalistisch marschieren auch das „überparteiliche“ Reichsbanner bei dieser Gelegenheit unter den roten Fahnen des Umsturzes, um nach dem Wortlaut eines Aufrufes die Erinnerung des Tages zu feiern, an dem „der menschenmordende Soldat werteschaffender Arbeiter wurde“. Am Rande dieser Veranstaltungen ist viel von sozialen Forderungen die Rede — man braucht doch die Erwerbslosen als Staffage —, viel auch vom Kampf gegen den Faschismus und gegen Unternehmervöllerei, aber der Grundgedanke, für den die Massen des Marxismus heute mobilisiert werden sollen, kommt doch am richtigsten zum Ausdruck in den klassischen Worten: „Wir bekennen uns erneut und deutlich zum Novemberverbrechen.“

Da haben wir unsere Sozials im Selbstporträt. Sie bekennen sich mit Stolz zu der wahrhaft herostratischen Tat, über deren Folgen es in dem Bericht des gewiß nicht von rechts beeinflussten parlamentarischen Kriegsunterforschungsausschusses heißt: „Die Lage machte es möglich, einen für Deutschland immerhin noch erträglichen Frieden zu schaffen. Daß es anders gekommen ist... das hat der für Deutschland so untragbar schwere Ausbruch der Revolution verschuldet.“ Sie rühmen sich der Leistung, die sie damit vollbracht haben, daß sie das deutsche Volk, das aus seiner Kraft heraus auch einen verlorenen Krieg hätte überwinden können, durch das Gift einer unnationalen Revolution, einer revolutionären Lohnbewegung im schlimmsten Augenblick, auf Jahre hinaus kraftlos, krank und unfähig zum Widerstand gegen jede Erpressung gemacht haben. Sie pochen noch auf jene fagenhaften Erregenschaften, die nichts weiter waren als fette Pfanden für eine verplebete Bogenkraft, ohne das geringste Gefühl dafür, daß sie erkaufte wurden mit der Abhängigkeit vom Feinde und ungeheurer Ausbeutung durch das fremde Kapital. Nach all dem Elend, das sie über Deutschland gebracht haben, finden sie noch den traurigen Mut, sich in die Brust zu werfen und von betörten Massen Huldigung für die fleghafte „Idee des Revolutionstages“ zu fordern, wie es der Dresdner SPD-Aufruf tut.

Für uns und für alle Deutschen, die nicht mit marxistischer Blindheit geschlagen sind, bedeutet diese verherrlichte Idee des 9. November nichts anderes als nackte Lande-Verredel. Gerade zu rechter Zeit ist das französische Buch: „En Mission chez l'ennemi“ auch in deutscher Uebersetzung erschienen, aus dem wir bereits Auszüge veröffentlicht haben^{*)}, die dokumentarisch nachweisen, daß der Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres keine Sage und keine Legende ist, sondern traurig-bittere Wahrheit. Kein feineres Geschenk kann der deutschen Revolution auf den Geburstagsstisch gelegt werden, als diese Urkundensammlung aus den Archiven des Feindes, in denen das Geheimnis der Vaterkraft dieses Unglückslandes gelüftet wird, das allen Nachforschungen so behutlich entzogen wurde. Geld, schmutziges französisches Geld bekennet sich hier ebenfalls in stolzer Freude zur Urheberkraft des Ereignisses, das Deutschland ins Unglück gestürzt hat und das die deutsche Sozialdemokratie uns heute feiern heißt. „Geben Sie den deutschen Sozialdemokraten Geld“, schreibt im Befehl Nr. 210 der General Doucabelle an seinen Beauftragten in Deutschland, den Offizierspion Pierre Desgranges alias Crozier, damit sie „nicht nur eine größere Verbreitung ihrer Organe erreichen, sondern auch die Spezien der Organisation, die Versammlungen und ver-

^{*)} Vergl. den Aufsatz „Wie die deutsche Revolution finanziert wurde“ in Nr. 480 der „Dresdner Nachrichten“ vom 12. Oktober 1930.